



# Antragsbuch

mit den Empfehlungen  
der Antragskommission

für die Kreisdelegiertenversammlung  
der SPD Mitte

am 10. Oktober 2015

Antragsschluss: 25.09.2015  
Sitzung der Antragskommission: 30.09.2015

Erläuterungen:  
Abstimmungsergebnis der Antragskommission werden mit (Ja/Nein/Enthaltung) angegeben.

(K) = Antrag auf der Konsensliste.

Die Antragskommission schlägt solche Anträge zur gemeinsamen Beschlussfassung über eine Konsensliste vor, bei denen in der Antragskommission keine Gegenstimme gegen das Votum abgegeben wurde. Sofern aus der Mitte der Kreisdelegiertenversammlung Widerspruch gegen eine derartige Behandlung eines Antrages besteht, wird gebeten, die Vorsitzende / den Vorsitzenden der Antragskommission und/oder das Sitzungspräsidium hiervon so frühzeitig wie möglich in Kenntnis zu setzen, damit der betreffende Antrag von der Konsensliste genommen wird.

Sofern sich bei längeren Anträgen die Fassung der Antragskommission lediglich in wenigen Passagen von der Ursprungfassung unterscheidet, werden die betreffenden Passagen durch Unterstreichungen hervorgehoben.

## Inhaltsverzeichnis

<b>bezirksbezogene Anträge</b>		<b>1</b>
<b>A01/II/2015</b>	<b>Abteilung Rehberge</b>	
Unserem Geschichtsbewusstsein im Afrikanischen Viertel Rechnung tragen – unverhandelbar!		
<i>Annahme (10/1/2) (Kein Konsens)</i>		1
<b>Anträge an den Landesparteitag</b>		<b>4</b>
<b>A02/II/2015</b>	<b>Abteilung Rehberge und Abteilung Grünes Dreieck</b>	
Junge Wissenschaft – Wege aus dem Prekariat		
<i>Annahme (11/0/1) (K)</i>		4
<b>A03/II/2015</b>	<b>Abteilung Pankekiez</b>	
Erhöhung der Grunderwerbsteuer		
<i>Annahme (7/5/0) (Kein Konsens)</i>		9
<b>A04/II/2015</b>	<b>Abteilung Moabit Nord</b>	
Ehrenamt darf staatlich notwendige Strukturen nicht ersetzen müssen		
<i>Annahme i.d.F. der AK (12/0/0) (K)</i>		10

## bezirksbezogene Anträge

1 A01/II/2015

2 Abteilung Rehberge

3 Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:

4

5 **Unserem Geschichtsbewusstsein im Afrikanischen Viertel Rechnung tragen – unverhandelbar!**

6  
7 Bereits seit 2010 setzt sich die SPD für eine Umbenennung der Straßen im Afrikanischen Viertel ein, deren Benennung bis heute Kolonialverbrechen würdigt. Die Umbenennung konnte in der laufenden Wahlperiode wegen des Widerspruchs der CDU im Bezirk Mitte leider nicht umgesetzt werden.

12

13  
14 Dennoch ist seitdem viel passiert:

15 Wir begrüßen die langjährigen Anstrengungen vieler engagierter Bürgerinnen und Bürger aus Vereinen, der SPD und Initiativen, mit denen sie zum Aufbau des Lern- und Erinnerungsortes Afrikanisches Viertel beitragen. In zahlreichen Diskussionsveranstaltungen im Kiez hat insbesondere auch die SPD Mitte die Debatte zur Straßenumbenennung immer wieder zum aktuellen Thema gemacht. Die Zusammenarbeit von SPD und aktiven Vereinen zeigt bereits einige Erfolge:

23

24 • Auf Initiative der SPD wurde im Juni 2012 eine Gedenktafel am U-Bahnhof Rehberge installiert, die an die Kolonialvergangenheit des Afrikanischen Viertels erinnert und dazu aufklärt.

26

27  
28 • Im April 2014 hat die 23. Abteilung mit vielen interessierten Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen eines Filmabends über die Kolonialisten diskutiert.

30

31 • Im Juni 2014 hat die Möwensee-Grundschule erfolgreich eine Projektwoche zum Thema Afrika durchgeführt und den Kindern somit die vielfältige Geschichte des eigenen Kiezes näher gebracht.

32

33 • Im Juni 2014 hat die PG Afrikanisches Viertel einen politischen Kiezrundgang für Bürgerinnen und Bürgern organisiert, der auf sehr großes Interesse stieß.

36

37 • Im November 2014 gab es einen Schildertausch beim Kleingartenverein Togo, so dass hier keine Kolonialsprache („Dauerkolonie Togo“) mehr genutzt und im öffentlichen

38

39 Raum propagiert wird.

40

41  
42 • Im August 2015 hat die Projektgruppe Afrikanisches Viertel zusammen mit der Abteilung Rehberge mehr als 50 Bürgerinnen und Bürger über die Hintergründe der drei kritisierten Straßen/Plätze informiert.

44

45 • Im Anschluss an die Informationsveranstaltung wurden die Bewohnerinnen und Bewohner des Kiezes in Form von Plakaten über die Kolonialverbrecher informiert.

46

47 • Im September 2015 hat die SPD Mitte eine Pro &

Annahme (10/1/2) (Kein Konsens)

- 1 Contra Diskussion veranstaltet, um sich erneut mit  
2 den Argumenten auseinander zu setzen und die  
3 Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen.  
4
- 5 Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass nach wie vor  
6 die Gräueltaten vermeintlicher „Kolonialhelden“ stets  
7 noch im Stadtbild durch Würdigung der Täter hervorge-  
8 hoben werden. Denn in Berlin ist rechtlich geregelt, dass  
9 Personen mit der Benennung einer Straße geehrt wer-  
10 den. Mit Adolf Lüderitz, Gustav Nachtigal und Carl Pe-  
11 ters werden drei Kolonialverbrecher geehrt, die mit Aus-  
12 beutung Geschäfte machten und die Kolonialisierung  
13 brutal vorantrieben.  
14
- 15 Trotz der ersten Erfolge muss ein nachhaltiges Erinne-  
16 rungskonzept im Afrikanischen Viertel auch die Umbe-  
17 nennung von Plätzen und Straßen beinhalten, deren  
18 Namen bis heute mit Personen in Verbindung gebracht  
19 werden, die das koloniale Projekt mit Betrug und Ge-  
20 walt durchgesetzt haben. Dies betrifft im Afrikanischen  
21 Viertel den Nachtigalplatz, die Lüderitzstraße und die  
22 Petersallee.  
23 Breite Aufklärung und Sensibilisierung für die Verbre-  
24 chen der Deutschen Kolonialherrschaft muss von öf-  
25 fentlich Veränderungen wie Straßenumbenennungen  
26 begleitet werden, damit diese Debatten für die Bürge-  
27 rinnen und Bürger wirklich sichtbar und nachvollzieh-  
28 bar gemacht werden. Es ist daher dringend geboten,  
29 unserem heutigen Geschichtsbewusstsein Rechnung zu  
30 tragen.  
31
- 32 Die SPD Berlin-Mitte fordert und nimmt in ihr Wahlpro-  
33 gramm für die Bezirkswahlen 2016 auf, dass
- 34 1. die Lüderitzstraße, der Nachtigalplatz und die Pe-  
35 tersallee umbenannt werden. Vorschläge für die  
36 Neubenennungen werden in einem beteiligungs-  
37 orientierten Verfahren mit den Anwohnerinnen  
38 und Anwohnern entwickelt,
  - 39 2. die Arbeit des Lern- und Erinnerungsortes Afrikani-  
40 sches Viertel gewürdigt, unterstützt und verstetigt  
41 wird,
  - 42 3. die SPD den intensiven Kontakt und die Zusam-  
43 menarbeit mit zu diesen Themen aktiven Vereinen  
44 pflegt und ausweitet,
  - 45 4. ein umfassender Prozess organisiert wird, der die  
46 Anwohnerinnen und Anwohner zu jeder Zeit über  
47 die Umbenennung informiert und am Verfahren  
48 der Umbenennung beteiligt,
  - 49 5. die Umbenennung der betroffenen Straßen nicht  
50 verhandelbar und damit keine Verhandlungsmasse  
51 in etwaigen Zählgemeinschaftsverhandlungen ist,  
52 6. bei der Umbenennung die drei oben genannten  
53 Plätze und Straßen vorrangig nach Frauen benannt  
54 werden, die gegen koloniale Herrschaft Widerstand  
55 geleistet haben oder sich in anderen Zusammen-  
56 hängen positiv in der afrikanischen Geschichte und  
57 Politik hervorgetan haben.  
58  
59

**1 Begründung**

2 Das Afrikanische Viertel im Wedding stellt mit seinen  
3 afrika- und kolonialbezogenen Straßennamen einen  
4 deutschlandweit einmaligen Ort dar. Die deutsche  
5 Kolonialgeschichte ist bisher unzureichend aufgear-  
6 beitet und teils vergessen, doch dieses Stadtviertel  
7 in Berlin ist damit auf das Engste verbunden. Es er-  
8 zählt vom deutschen Kolonialismus, vom Umgang  
9 mit ihm in Geschichte und Gegenwart bis hin mit  
10 der Ghanastraße vom antikolonialen Kampf und der  
11 Befreiung und Selbstfindung des afrikanischen Konti-  
12 nents. In Verantwortung einer gesamtgeschichtlichen  
13 Erinnerungskultur wollen wir, dass nunmehr auch  
14 die genannten kolonial belasteten Straßennamen  
15 im Afrikanischen Viertel neu benannt werden. Eine  
16 vielfältige Gesellschaft wie Berlin muss den Mut  
17 und die Zivilcourage aufbringen sich exemplarisch  
18 mit seinem historischen Erbe zu befassen und dabei  
19 Neubenennungen von Straßen als ein wirksames In-  
20 strument begreifen. Nur so kann im öffentlichen Raum  
21 ein spürbares Erlebnis von Veränderung der bis dato  
22 kolonialrassistisch geprägten Denkweisen hin zu einem  
23 verantwortungsvollen zeitgemäßen Umgang mit deut-  
24 scher Kolonialgeschichte erzielt werden. Es ist nicht nur  
25 für die schwarze Community ein Schlag ins Gesicht,  
26 durch Straßen zu laufen, die die Ausbeuter und Mörder  
27 der ehemaligen deutschen Kolonien ehren. Es ist auch  
28 für Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen nicht  
29 hinnehmbar, dass in hiesigen Straßen Verbrecher ge-  
30 ehrt werden. Die sozialdemokratische Zeitung Vorwärts  
31 nannte Peters schon 1 8 9 9 einen „grimmigen  
32 Arier, der alle Juden vertilgen will und in Ermangelung  
33 von Juden drüben in Afrika Neger totschießt wie  
34 Spatzen und zum Vergnügen Negermädchen aufhängt,  
35 nachdem sie seinen Lüsten gedient.“ Höchste Zeit,  
36 unserem Geschichtsbewusstsein Rechnung zu tragen.  
37 Die Umbenennung bietet die Chance, den Blick auf  
38 diejenigen Personen zu richten, die sich im kolonialen  
39 Widerstand verdient gemacht haben. Dadurch kann  
40 ein echtes Miteinander verschiedener Kulturen im Kiez  
41 weiter befördert werden. Der Kampf gegen Rassismus  
42 einerseits und ehrendes Andenken für Rassisten und  
43 Kolonialverbrecher andererseits können nicht zugleich  
44 Prinzipien einer angemessenen Erinnerungskultur und  
45 Leitbild einer modernen pluralen Gesellschaft in Berlin  
46 sein.

## Anträge an den Landesparteitag

1 **A02/II/2015**2 **Abteilung Rehberge und Abteilung Grünes Dreieck**3 **Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Junge Wissenschaft – Wege aus dem Prekariat**

7 “Gute Arbeit” ist zurecht die zentrale, wichtigste und  
 8 erfolgreichste politische Forderung der SPD der letzten  
 9 Jahre gewesen. Dabei ging und geht es um die kon-  
 10 sequente Verbesserung der Arbeitsbedingungen in al-  
 11 len Branchen. Die Verhinderung von prekärer Beschäf-  
 12 tigung war und ist dabei das oberste Ziel: Man muss  
 13 von der Arbeit eine Lebensgrundlage finanzieren kön-  
 14 nen, Beschäftigung muss abgesichert sein.

15 Ein Bereich, in dem ebenfalls prekäre Beschäftigung an  
 16 der Tagesordnung ist, ist die Wissenschaft. Dieser Be-  
 17 reich ist deshalb besonders, weil hier nicht Gering-, son-  
 18 dern überaus Hochqualifizierte prekär beschäftigt sind.  
 19 WissenschaftlerInnen mit Hochschulabschluss, oft so-  
 20 gar mit Promotion, müssen über Jahre hinweg in un-  
 21 sicheren Beschäftigungsverhältnissen, mit Kurzzeitver-  
 22 trägen, mit extrem vielen unbezahlten Überstunden  
 23 und mit geringem Lohn arbeiten.

24 Wegen der Besonderheiten des Wissenschaftssystems  
 25 greifen viele allgemeine Maßnahmen gegen prekäre Be-  
 26 schäftigung nicht. Ein Beispiel für diese Besonderheiten  
 27 ist das Abhängigkeitsverhältnis zu den ProfessorInnen,  
 28 die ganz wesentlich über die weitere Karriere entschei-  
 29 den. Dieses macht die Einhaltung von Arbeitsbedingun-  
 30 gen, selbst wenn sie formal in Ordnung sind, besonders  
 31 schwer. Aufgrund dieser Besonderheiten müssen ver-  
 32 schiedene Maßnahmen ergriffen werden, um dem Wis-  
 33 schenschaftsprekariat ein Ende zu bereiten.

34

35 **Drittmittel finanzierte Projekte ergänzen die Grundausrüstung, sie ersetzen sie nicht**

36 An der Mehrzahl der Lehrstühle der Berliner Hochschu-  
 37 len wird das wissenschaftliche Personal durch eine Mi-  
 38 schung aus einer Grundausrüstung und projektorien-  
 39 tierten Drittmitteln finanziert. Die Drittmittel stammen  
 40 zum Beispiel aus öffentlichen Programmen wie vom  
 41 Bundesministerium für Bildung und Forschung oder der  
 42 Deutschen Forschungsgemeinschaft, Stiftungen oder  
 43 direkt aus der Industrie. Ein großer Anteil von durch  
 44 Drittmittel finanzierter Forschung führt zu einem ho-  
 45 hen Overhead an Aufwänden, die zur Einwerbung und  
 46 zum Berichtswesen genutzt werden müssen. Für ange-  
 47 gehende ProfessorInnen ist der Druck Drittmittelprojek-  
 48 te einzuwerben hoch. Die Grundausrüstung ist oft zu  
 49 gering, um Forschung voranzutreiben ohne Drittmittel-  
 50 projekte.

51  
 52 Wir fordern daher feste Quoten und damit einen Min-  
 53 destanteil an Grundausrüstung an den wissenschaftli-  
 54 chen Instituten der Berliner Hochschulen.

55 Grundaufgaben wie die Labororganisation oder das Lei-  
 56 ten von Seminaren sind keine projektorientierten Auf-  
 57 gaben und müssen daher unabhängig von Drittmittel-

Annahme (11/0/1) (K)

1 telprogrammen finanziert werden. Auf Grundlage des  
 2 Hochschulpaktes zwischen Bund und Ländern werden  
 3 Mittel zur Verfügung gestellt, um unter anderem zu-  
 4 sätzliches Personal einzustellen.  
 5 Wir fordern, dass zusätzliche Mittel zur Erhöhung der  
 6 Grundaustattung bereitgestellt werden. Um den zu-  
 7 sätzlichen Arbeitsaufwand durch Drittmittelprojekte  
 8 für die WissenschaftlerInnen zu reduzieren und somit  
 9 mehr Raum für die forschenden Tätigkeiten der Wissen-  
 10 schaftlerInnen zu schaffen, fordern wir die Schaffung  
 11 zusätzlicher Stellen zur Unterstützung bei der Einwer-  
 12 bung und Koordination von Drittmitteln.

13  
 14 **Wissenschaftliche Stellen nicht durch studentische**  
 15 **Hilfskräfte ersetzen**

16 Im wissenschaftlichen Betrieb sind studentische Hilfs-  
 17 kraftstellen eine sinnvolle Ergänzung zu der Beschäfti-  
 18 gung von wissenschaftlichen MitarbeiterInnen. Sie sol-  
 19 len es ermöglichen durch im Studium erlerntes Wissen  
 20 Forschung und Lehre zu unterstützen. Diese Unterstüt-  
 21 zung gibt den Studierenden die Möglichkeit Praxiser-  
 22 fahrung zu sammeln, welche sie bei der späteren Be-  
 23 rufsfindung benötigen. Auch stellen sie einen wichti-  
 24 gen Teil der Finanzierung des Studiums dar, welche bei  
 25 steigenden Mietpreisen in Studentenstädten oft nicht  
 26 mehr mit dem gängigen BAföG gedeckt wird.

27 In letzter Zeit kann man häufig beobachten, dass Stellen  
 28 von wissenschaftlichen MitarbeiterInnen, welche einen  
 29 Abschluss benötigen, durch (günstigere) studentische  
 30 Hilfskraftstellen ersetzt werden, obwohl die Aufgaben  
 31 denen von WissenschaftlerInnen entsprechen. Beson-  
 32 ders betroffen von dieser Entwicklung sind z.B. die Uni-  
 33 versitätsbibliotheken, aber auch Stellen in der Lehre  
 34 oder Stellen in der Verwaltung.

35 Daher fordern wir, dass keine Beschäftigungsverhält-  
 36 nisse mit deutlichen Qualifikationsmerkmalen von Wis-  
 37 senschaftlerInnen oder Verwaltungskräften an den  
 38 Hochschulen durch studentische Hilfskraftverträge er-  
 39 setzt werden.

40 Dadurch kann zum einen die Qualität der universitä-  
 41 ren Ausbildung und Verwaltung durch spezialisierte Ar-  
 42 beitskräfte gesichert und das Lohndumping an Univer-  
 43 sitäten gestoppt werden.

44 Zusätzlich fordern wir, dass studentische Hilfskraftstel-  
 45 len den Mindeststandards der studentischen Beschäfti-  
 46 gung unterliegen, wie der Mindestumfang von 40 Stun-  
 47 den im Monat und der Einhaltung gesetzlicher Rech-  
 48 te bei Krankheit und Urlaub, um ein sozialverträgliches  
 49 Studieren zu ermöglichen.

50

51 **Wissenschaftliche Dauerstellen „unterhalb“ der Profes-**  
 52 **sor**

53 Eine hohe Zahl an wissenschaftlichen Mitarbeitern ar-  
 54 beitet unter prekären Bedingungen. Stellen unterhalb  
 55 der Professur sind häufig mit kurzen Befristungen und  
 56 schlechter Bezahlung ausgestattet. Die Stellen der wis-  
 57 senschaftlichen MitarbeiterInnen werden immer öfter  
 58 zu Qualifizierungsstellen, die am Ende zu einer Profes-  
 59 sur führen sollen. Das Angebot an Professuren ist jedoch

1 stark begrenzt, was bedeutet, dass letztendlich Stellen  
 2 geschaffen werden, die so nicht gewollt sind und zu  
 3 einer Belastung der ArbeitnehmerInnen führen. Diese  
 4 Unsicherheiten nehmen langfristig dem Beruf der Wis-  
 5 senschaftlerIn die Attraktivität.  
 6 Daher fordern wir, dass der „wissenschaftliche Mittel-  
 7 bau“ gestärkt wird und Stellen unterhalb der Professur  
 8 geschaffen werden.  
 9 Diese Stellen sollen eine solide Grundausstattung der  
 10 Institute darstellen, welche den einzelnen Mitarbeite-  
 11 rInnen die Möglichkeit geben sollen, ihrer Arbeit nach-  
 12 zugehen. Dies führt zu sicheren und attraktiveren Ar-  
 13 beitsverhältnissen und bedeutet auch die Möglichkeit  
 14 der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.  
 15 Zusätzlich fordern wir, dass es für Daueraufgaben wie  
 16 der Lehre auch Dauerstellen geben muss.  
 17 Ebenso werden WissenschaftlerInnen Honorarverträ-  
 18 ge angeboten, um Arbeitgeberabgaben oder tarifliche  
 19 Pflichten zu vermeiden. Wir fordern, dass der Staat, sei-  
 20 ne Einrichtungen und von ihr finanzierte Organisatio-  
 21 nen von der Ausbeutung durch Honorarverträge Ab-  
 22 stand nehmen.

23  
 24 **Mindestvertragslaufzeiten, statt unbegründete Befris-**  
 25 **tungen**

26 Um gute wissenschaftliche Arbeit leisten zu können Be-  
 27 darf es an einem Minimum an Existenz- und Planungs-  
 28 sicherheit. Obwohl Drittmittelprojekte in der Regel ca.  
 29 drei Jahre dauern, leiden junge WissenschaftlerInnen  
 30 unter extrem kurzen Vertragslaufzeiten (zum Teil von  
 31 nur 1-3 Monaten). Dies verstärkt die Existenzangst und  
 32 gefährdet somit auf Dauer die Qualität ihrer wissen-  
 33 schaftlichen Arbeit.  
 34 Daher fordern wir die Festlegung einer Mindestver-  
 35 tragslaufzeit, die sich in erster Linie an der jeweiligen  
 36 Projektlaufzeit orientiert.  
 37 Dadurch erhalten junge WissenschaftlerInnen die Mög-  
 38 lichkeit, zumindest für die Zeit des Projekts, sich voll und  
 39 ganz auf ihre wissenschaftliche Arbeit konzentrieren zu  
 40 können.  
 41 Zusätzlich soll durch eine gesetzliche Untergrenze von  
 42 einem Jahr Vertragslaufzeit garantiert werden, dass  
 43 junge WissenschaftlerInnen ein Minimum an Existenz-  
 44 und Planungssicherheit erhalten. Nur mit einer zwin-  
 45 genden Begründung soll eine Vertragslaufzeit von ei-  
 46 nem halben Jahr möglich sein.

47  
 48 **Elternzeit für alle WissenschaftlerInnen möglich ma-**  
 49 **chen**

50 Bisher besteht bei drittmittelfinanzierten Stellen eine  
 51 große Unsicherheit bei der Vereinbarkeit von Beruf und  
 52 Familie, was das Berufsfeld „Wissenschaft“ für junge  
 53 AkademikerInnen unattraktiv werden lässt. Das Fehlen  
 54 klarer gesetzlicher Regelungen bezüglich der Elternzeit  
 55 macht die Arbeit in der Wissenschaft regelrecht zum Ri-  
 56 siko für werdende Eltern. Während allgemein gilt, dass  
 57 sich die Vertragslaufzeiten von WissenschaftlerInnen  
 58 um den Zeitraum der in Anspruch genommenen Eltern-  
 59 zeit verlängern, gilt dies für WissenschaftlerInnen, die



1 über Drittmittelprojekte finanziert werden, ausdrück-  
2 lich nicht.  
3 Auch ArbeitnehmerInnen von Drittmittelprojekten sol-  
4 len einen Anspruch auf eine Verlängerung ihrer Ver-  
5 tragslaufzeit um die von ihnen in Anspruch genomme-  
6 ne Elternzeit haben. So wird gewährleistet, dass die In-  
7 anspruchnahme von Elternzeit für ArbeitnehmerInnen  
8 von Drittmittelprojekten nicht mehr automatisch eine  
9 Verkürzung ihrer Vertragslaufzeit bedeuten kann.

10

#### 11 **Die Einheit von Forschung und Lehre bewahren**

12 Es ist wichtig, dass sich gerade junge Wissenschaftle-  
13 rInnen auch auf Forschung konzentrieren können und  
14 nicht von Lehrverpflichtungen überfordert werden. Im-  
15 mer wieder gibt es daher die Forderung, zumindest die  
16 Lehre im Grundstudium auf Personen 'auszulagern', die  
17 ausschließlich für Lehre zuständig sind.

18 Oberstes Prinzip der Wissenschaft ist aber die Einheit  
19 von Forschung und Lehre. Sie sind nicht unabhängig  
20 voneinander denkbar, sondern bedingen sich gegensei-  
21 tig. Lehre an den Hochschulen muss auf dem newesten  
22 Stand der Forschung sein und die Forschung selbst  
23 zum Gegenstand haben. Deshalb muss grundsätzlich  
24 auch von denen unterrichtet werden, die selbst for-  
25 schen. Umgekehrt setzt gute Forschungsarbeit den im-  
26 merwährenden Austausch mit Studierenden voraus.

27 Die Einrichtung von "Lehrprofessuren" bzw. "Lecturern"  
28 kann aus diesem Grund kein Allheilmittel für die Ver-  
29 besserung der Situation anderer WissenschaftlerInnen  
30 sein.

31 Wir fordern, dass die Lehre grundsätzlich weiterhin von  
32 ProfessorInnen und wissenschaftlichen MitarbeiterIn-  
33 nen ausgeübt wird. Allenfalls ergänzend und zur Abfe-  
34 derung besonderer Belastungen sollte es daneben auch  
35 reine Lehrstellen geben.

36 Unberührt bleiben soll dabei die Möglichkeit, dass Prak-  
37 tikerInnen nebenamtlich Lehrtätigkeiten ausüben. Al-  
38 lerdings muss hierbei Missbrauch verhindert werden.

39

#### 40 **Gesicherte Berufsperspektiven für WissenschaftlerIn-** 41 **nen schaffen**

42 Eine wissenschaftliche Laufbahn bedeutet fast immer  
43 eine besondere Unsicherheit. Wer in Deutschland eine  
44 Professur mit Beamtenstatus und abgesicherter Exis-  
45 tenz bekommt, entscheidet sich oft erst nach vielen  
46 Jahren Arbeit im Wissenschaftssystem. Während die-  
47 ser Zeit haben WissenschaftlerInnen fast immer aus-  
48 schließlich befristete Verträge. Beginnt eine neue Ver-  
49 tragslaufzeit, muss man schon wieder mit der Suche  
50 nach einer Anschlussstelle beginnen. Dieser ständige  
51 Stress belastet nicht nur die persönliche Situation, son-  
52 dern wirkt sich auch negativ auf die Qualität der Wis-  
53 senschaft aus, denn die ständige Jobsuche geht zur Las-  
54 ten der eigentlichen Arbeit und viele talentierte Wissen-  
55 schaftlerInnen entscheiden sich von vornherein gegen  
56 eine Laufbahn in der Wissenschaft.

57 Deshalb müssen junge WissenschaftlerInnen schon frü-  
58 her eine gesicherte Perspektive erhalten. Das amerika-  
59 nische "tenure track"-System kann hierfür ein Vorbild

1 sein:  
 2 Wir fordern, dass mehr Stellen geschaffen werden, die  
 3 sich an dem Vorbild "tenure track" orientieren.  
 4 Das bedeutet, dass WissenschaftlerInnen mit Promoti-  
 5 on feste Stellen erhalten, die einen strukturierten und  
 6 geregelten Weg zur Professur bedeuten. Wer eine sol-  
 7 che Stelle hat, verpflichtet sich auf die Erbringung be-  
 8 stimmter, zu vereinbarenden Ziele in einem gewissen  
 9 Zeitraum. Werden die Ziele erreicht, steht am Ende die-  
 10 ser Laufbahn die Professur.  
 11 Auf diese Weise ist gewährleistet, dass Wissenschaftle-  
 12 rInnen schon vergleichsweise früh erfahren, ob sie eine  
 13 wissenschaftliche Laufbahn einschlagen können. Wer  
 14 eine solche Stelle nicht erhält, kann sich schon viel frü-  
 15 her außerhalb der Wissenschaft um eine Stelle bemü-  
 16 hen. Wer sie erhält, wird zwar nicht automatisch Pro-  
 17 fessorIn, hat es aber weitgehend selbst in der Hand und  
 18 befindet sich daher auch weniger in einem Abhängig-  
 19 keitsverhältnis. Auf diese Weise kann dem Nachwuchs  
 20 schon früher mehr Sicherheit gegeben werden, ohne ei-  
 21 nen Qualitätsverlust hinnehmen zu müssen.

22  
 23 **Gute Arbeit – auch in der Wissenschaft**

24 Weniger Unsicherheit allein reicht jedoch nicht aus, da-  
 25 mit Wissenschaft in Zukunft ein attraktiver Arbeitsbe-  
 26 reich für junge WissenschaftlerInnen wird und dass da-  
 27 durch auch die Qualität der Wissenschaft verbessert  
 28 wird. Gute Wissenschaft kann nur durch gute Arbeit  
 29 entstehen. Deshalb müssen sich die Arbeitsbedingun-  
 30 gen an Hochschulen für WissenschaftlerInnen verbes-  
 31 sern.

32 Die Aufgabenverteilung von wissenschaftlichem Per-  
 33 sonal sollte klar geregelt und vertraglich festgehalten  
 34 werden. Es bedarf einem ausgewogenen Verhältnis von  
 35 Forschungs-, Verwaltungs- und Lehraufgaben. Wissen-  
 36 schaftliches Personal darf keine Verwaltungsangestell-  
 37 ten ersetzen und sollte ausreichend Zeit zur eigenen  
 38 Forschung haben. Zur „guten Arbeit“ gehört auch ei-  
 39 ne angemessene Bezahlung. Sittenwidrige Stellenaus-  
 40 schreibungen (z.B. halbe E-13 Bezahlung bei angenom-  
 41 mener Vollzeitbeschäftigung) müssen stärker geahndet  
 42 werden. Umso schlimmer ist es, wenn sich staatlich fi-  
 43 nanzierte Forschungsinstitute an diesen Praktiken be-  
 44 teiligen. Wir fordern, dass sich der Staat, seine Einrich-  
 45 tungen und von ihr finanzierte Organisationen davon  
 46 Abstand nehmen.

47  
 48 **Wissenschaft ist sozial-versicherungspflichtige Be-**  
 49 **schäftigung**

50 Neben sozial-versicherungspflichtigen Beschäfti-  
 51 gungen an den Instituten, finanzieren viele junge  
 52 WissenschaftlerInnen ihre Forschungen durch Stipen-  
 53 dien. Damit bilden Stipendien neben Grundausstattung  
 54 und klassischen projektorientierten Drittmitteln ei-  
 55 ne dritte Säule der Wissenschaftsfinanzierung. Für  
 56 Promovierende sind die Anreize von Stipendien unter  
 57 anderem durch eine höhere Flexibilität der Arbeits-  
 58 zeiten, Unabhängigkeit vom Lehrstuhl und häufig  
 59 einem Qualitätsmerkmal im Lebenslauf verbunden.

1 Stipendien dürfen jedoch nicht missbraucht werden,  
 2 um sozial-versicherungspflichtige und einkommens-  
 3 steuerpflichtige Beschäftigung zu vermeiden.  
 4 Wir fordern daher, dass Länder und ihre Hochschu-  
 5 len sowie der Bund in seinen Forschungsprogram-  
 6 men (z.B. den Exzellenzinitiativen der Deutschen  
 7 Forschungsgemeinschaft) keine Stipendien für pro-  
 8 movierte WissenschaftlerInnen an Stelle von sozial-  
 9 versicherungspflichtigen Beschäftigungen vergeben.  
 10 Damit Stipendien nicht zur Ausführung von Grundauf-  
 11 gaben an den Hochschulen genutzt werden, fordern  
 12 wir klare Kriterien, nach denen die Aufgaben von  
 13 StipendiatInnen von wissenschaftlichen Angestellten  
 14 unterschieden werden.  
 15 Denn gerade durch die in der Wissenschaft übliche Mo-  
 16 bilität und notwendige Flexibilität der Forschenden ist  
 17 eine soziale Absicherung notwendig. Dies betrifft insbe-  
 18 sondere Familien, da StipendiatInnen bei Familiengrün-  
 19 dung keinen Anspruch auf Elterngeld über der Mindest-  
 20 summe erhalten.  
 21  
 22

23 **A03/II/2015**  
 24 **Abteilung Pankekiez**  
 25 **Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**  
 26 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 27  
 28 **Erhöhung der Grunderwerbsteuer**  
 29 Wir setzen uns zum Ziel die Grunderwerbssteuer des  
 30 Landes Berlin, noch möglichst in der aktuellen Legisla-  
 31 turperiode 2011-2016, mindestens um absolut 0,5% auf  
 32 6,5% anzuheben.  
 33  
 34 **Begründung**  
 35 Der momentane Überschuss im Etat des Landes Berlin,  
 36 hauptsächlich verursacht durch vermehrte Zuwei-  
 37 sungen wegen Bevölkerungszuwachs, kann nicht  
 38 darüber hinwegtäuschen, dass sich tendenziell die  
 39 Einnahmesituation Berlins drastisch verschlechtert.  
 40 Insbesondere der starke Abbau der Solidarpaktmittel  
 41 belastet den Haushalt. Gleichzeitig türmt sich ein  
 42 Berg von aufgeschobenen Investitionen, der durch  
 43 kosmetische Verbesserungen des Budgets, wie etwa  
 44 durch die Einführung der Übernachtungssteuer, nicht  
 45 abgebaut werden kann.  
 46 Daher ist eine Verbesserung der Einnahmen Berlins auf  
 47 der Ebene kommunaler Steuern (=Landessteuern) not-  
 48 wendig. Von allen Steuerinstrumenten wäre die Grund-  
 49 erwerbssteuer aus unserer Sicht der sinnvollste Ansatz-  
 50 punkt für eine angedachte Verbesserung der Einnahme-  
 51 basis. Sie stellte mit einem Satz von 6% im Jahr 2014 800  
 52 Mio € der 3,207 Mrd € kommunaler Einnahmen.  
 53 Die Gründe für diese Auffassung fußen auf 3 Betrach-  
 54 tungen: Die wichtigste kommunale Einnahmequelle –  
 55 die Gewerbesteuer – zu erhöhen ist politisch nicht op-  
 56 portun. Das wirtschaftliche Wachstum sollte gerade in

**Annahme (7/5/0) (Kein Konsens)**

1 Berlin nicht gedämpft werden. Die drittichtigste Ein-  
 2 nahmequelle – die Grundsteuer – lässt sich durch die  
 3 Vermieter auf die Mieter umlegen und wäre aus unse-  
 4 rer Sicht eine unnötige dauerhafte Belastung der Berli-  
 5 ner Mieter. Die Grunderwerbssteuer trifft jedoch unum-  
 6 gänglich die eher Wohlhabenderen und Wohnmarkt-  
 7 spekulanten.  
 8 Hinzu kommt, dass eine Erhöhung der Grunderwerbs-  
 9 steuer technisch nicht mit einer Reduktion der Zu-  
 10 weisungen aus dem Länderfinanzausgleich zusammen-  
 11 fällt!  
 12 Mit einem Steuersatz von mindestens 6,5% wäre Ber-  
 13 lin zwar an der Spitze der Bundesländer, dies aber nicht  
 14 allein. Bundesweit geht der Trend zu einer erhöhten  
 15 Grunderwerbssteuer. Gerade Berlin, dessen Immobili-  
 16 enmarkt derweil von hoher Attraktivität ist und sich Ei-  
 17 gentumswohnungen egal zu welchem Preis an globa-  
 18 le Investoren verkaufen lassen, stünde eine Sanierung  
 19 über diesen Boom sozial gut zu Gesicht.  
 20 Ein Mehraufkommen von 0,5% Grunderwerbssteuer  
 21 würde ungefähr 66 Mio € betragen und entspräche  
 22 der gesamten derzeitigen Förderung des sozialen Woh-  
 23 nungsbaus in Berlin.

24 **A04/II/2015**

25 **Abteilung Moabit Nord**

26 **Der Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**  
 27 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

28

29 **Ehrenamt darf staatlich notwendige Strukturen nicht**  
 30 **ersetzen müssen**

31 Der Staat muss seine Pflicht der Grundversorgung auch  
 32 gegenüber geflüchteten Menschen wahrnehmen. Die  
 33 Arbeit ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer in akuten  
 34 Notlagen (z.B. Erstaufnahmeeinrichtungen) darf pro-  
 35 fessionelle Versorgung nicht ersetzen müssen. Darüber  
 36 hinaus muss sichergestellt werden, dass öffentliche  
 37 und administrative Leistungen auch in Krisensituatio-  
 38 en arbeits- und leistungsfähig bleiben. Ehrenamtli-  
 39 ches Engagement sollte nicht die Lücken der staatlichen  
 40 Leistungen schließen, sondern diese unterstützen.

41

42 Wir fordern das Land Berlin auf alle ihm zur Verfügung  
 43 stehenden Mittel für einen Krisenfall einzusetzen (z.B.  
 44 Einsatz des THW), auch um viele seiner eigenen bisher  
 45 bis weit über ihre eigentlichen Belastungsgrenzen ar-  
 46 beitenden Stellen zu unterstützen.

47

48

49 **Begründung**

50 Seit Monaten warten täglich mehrere hundert Men-  
 51 schen darauf in der Berliner Erstaufnahmeeinrichtung,  
 52 dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo)  
 53 registriert zu werden. Das LaGeSo ist trotz großem  
 54 Einsatz, der oft auch über die vorgeschriebenen Ar-  
 55beitszeiten hinausgeht, nicht in der Lage alle Menschen  
 56 zeitnah zu registrieren. Erst nach einer ersten Regis-

**Annahme i.d.F. der AK (12/0/0) (K)**

Der Staat muss seine Pflicht der Grundversorgung  
 auch gegenüber geflüchteten Menschen wahrnehmen.  
 Die Arbeit ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer in  
 akuten Notlagen (z.B. Erstaufnahmeeinrichtungen)  
 darf professionelle Versorgung nicht ersetzen müssen.  
 Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass  
 öffentliche und administrative Leistungen auch in  
 Krisensituationen arbeits- und leistungsfähig bleiben.  
 Ehrenamtliches Engagement sollte nicht die Lücken  
 der staatlichen Leistungen schließen, sondern diese  
 unterstützen. Wir fordern das Land Berlin auf, alle  
 ihm zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen,  
 auch um viele seiner eigenen bisher bis weit über ihre  
 eigentlichen Belastungsgrenzen arbeitenden Stellen zu  
 unterstützen.

1 trierung ist die Verteilung auf die nicht ausreichenden  
2 Unterkünfte möglich oder es werden Hostel- und  
3 Hotelgutscheine an Geflüchtete verteilt. In den letzten  
4 Monaten waren es ehrenamtliche Helferinnen und  
5 Helfer sowie Vereine, die rund um die Uhr vor Ort  
6 anzutreffen waren und noch sind, um für die Warten-  
7 den Wasser, Essen, Klamotten, Hygieneartikel, Decken  
8 u.ä. bereitzustellen. Staatliche Strukturen waren nicht  
9 in der Lage schnell und flexibel diese Menschen mit  
10 Lebensmitteln sowie Schlafplätzen zu versorgen. Eh-  
11 renamtliche füllten diese Versorgungslücken. Dieser  
12 Zustand, dass ehrenamtliches Engagement, welches  
13 auch oft nicht die Professionalität für Krisensituatio-  
14 nen ausgebildeter Arbeitskräfte erreicht, staatliche  
15 Aufgaben in den letzten Monaten übernommen hat ist  
16 nicht länger zu tragen. Ehrenamt basiert auf Solidarität  
17 und sollte die staatliche Leistung ergänzen und nicht  
18 ersetzen. Vor dem Hintergrund der seit  
19 Monaten anhaltenden katastrophalen Zustände vor  
20 dem LaGeSo und der sich daraus ergebenden Heraus-  
21 forderungen für die gesamte Stadt, fordert dieser An-  
22 trag die Stadt Berlin dazu auf alle notwendigen Maß-  
23 nahmen zu treffen, um ihrer Verantwortung der umfas-  
24 senden Versorgung für Geflüchtete gerecht zu werden.